

## PARLAMENT WORB

## Der Preis von 1,5 Millionen

**Das Parlament ist gestern Abend der Meinung des Gemeinderates gefolgt: Noch mehr sparen geht nicht.**

Lob für Gemeinderat und Verwaltung von Worb: Es sei gute Arbeit geleistet worden, befand gestern Abend das Worber Parlament. Denn diesem lag ein dickes Dossier vor, in dem der Gemeinderat den gesamten Finanzhaushalt unter die Lupe genommen und auf Sparmöglichkeiten überprüft hatte. Den Anstoss für diesen Aufwand hatte vor einem Jahr die FDP gegeben, als sie in einer Motion vom Gemeinderat drei Sparvarianten gefordert hatte. Über alle Parteien hinweg wurde auch betont, wie wichtig das nun vorliegende Dossier sei. «Damit erhält das Sparen ein Gesicht», fasste Hans Ulrich Joss (SP) zusammen.

Über die Schlüsse, die der Gemeinderat aus den aufwändig zusammengetragenen Zahlen zog, war sich das Parlament indes nicht einig. EVP, SP und GFL schlossen sich der Haltung des Gemeinderates und den Ausführungen von Finanzchef Jonathan Gimmel (SP) an: Noch mehr Sparen hätte gravierende Konsequenzen. «Sparen hätte für unsere Gemeinde einen Leistungsabbau zur Folge», sagte Brigitte Gfeller (EVP). «Ein Sparprogramm wäre das Dummste, das man jetzt beschliessen könnte», sagte Hans Ulrich Joss (SP). «Wir gehen schon sehr haushälterisch mit dem Geld um», sagte Urs Gerber (GFL).

### Die drei Varianten

Mit seinem Dossier hatte der Gemeinderat aufgezeigt, was es bedeuten würde, wenn Worb 1,5 Millionen Franken einsparen wollte: Beiträge an Bibliotheken, an das Schwimmbad würden wegfallen ebenso wie Sitzungsgelder, die Lehrlingsausbildung oder die Weiterbildung des Personals. «Diese Variante ist unrealistisch», so der Gemeinderat. Aber auch die Variante, nur die Hälfte dieses Betrags einzusparen, ist gemäss Gemeinderat unvernünftig. Es bleibe deshalb nur die Variante, die Finanzpolitik wie bisher weiterzuführen.

Damit gab sich die SVP nicht zufrieden: «Es müssen weitere Sparmassnahmen geprüft werden», forderte Bruno Wermuth. Und auch die FDP kritisierte die Schlussfolgerung des Gemeinderates: «Eine unrealistische Variante ist keine Variante», sagte Guy Lanfranconi. Der Gemeinderat habe keine einzige echte Variante erarbeitet. Nichtsdestotrotz plädierte er dafür, die Motion abzuschreiben, was das Parlament auch mit 36:1 Stimmen tat. Gleichzeitig reichte Lanfranconi einen weiteren Vorstoss ein, die den Gemeinderat beauftragt, in konkreten Punkten noch einmal über die Bücher zu gehen. Falls Parlament und Gemeinderat dabei nicht mitziehen wollten, behalte sich die FDP vor, eine Steuerinitiative zu lancieren. Eine Bemerkung, die im Parlament nicht goutiert wurde: «Das ist eine Drohung. Hier fehlt eine grosse Portion demokratisches Verständnis», sagte René Bauer (SP). Brigitte Walser